

Sehr geehrter Herr Rottmann,

anbei die Antworten der AfD Niedersachsen auf ihre Wahlprüfsteine. Bei Rückfragen helfe ich gerne weiter.

Herzliche Grüße  
Frank Horns

- 1.1. Wollen Sie sich dafür einsetzen, dass ein Aktionsplan zur Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Niedersachsen mit verbindlichen Maßnahmen auf den Weg gebracht wird und die LSBTIQ\*-Community an seiner Erstellung auf Augenhöhe beteiligt wird?

Wir treten dafür ein, dass jeder Mensch so akzeptiert wird, wie er ist. Der Staat begegnet seinen Bürgern dabei heute schon auf Augenhöhe. Dies ergibt sich aus der Natur unserer repräsentativen Demokratie und der aus ihr erwachsenen Gewaltenteilung. Deutschland ist heute bereits ein Land der Vielfalt. Die von Ihnen geforderte Akzeptanz ist bereits Realität und bedarf keines Aktionsplans. Der von Ihnen angedachte Aktionsplan erwiese den Menschen, für die Sie sich vorgeblich einsetzen, einen Bärenienst. Sie sprechen von der „LSBTIQ\*-Community“. Viele Homosexuelle sehen sich nicht als Teil dieser Gemeinschaft, da sie von deren politischen Zielen nicht vereinnahmt werden wollen. Wenn Sie Akzeptanz für „geschlechtliche Vielfalt“ einfordern, leugnen Sie entgegen jeder Evidenz die natürliche Polarität der Geschlechter: männlich und weiblich. Auf die Herausforderungen intersexueller Menschen aufmerksam zu machen, ist sicher ehrenwert, bedarf jedoch keines Aktionsplans. Unter Intersexualität versteht man Störungen der Geschlechtsentwicklung. Intergeschlechtlichkeit ist keine Variation von Geschlecht, sondern beispielsweise die Abweichung von Geschlechtschromosomen oder erweist sich als genetisch bedingte hormonelle Entwicklungsstörungen. Als AfD treten wir dafür ein, dass verstümmelnde vermeintlich geschlechtsangleichende Operationen bei intersexuellen Kindern in jedem Fall unterbleiben.

- 1.2. Werden Sie sich dafür stark machen, dass die existierenden Beratungs- und Unterstützungsangebote für LSBTIQ\* in Niedersachsen abgesichert und fachspezifische Angebote für trans\*, intergeschlechtliche und nicht-binäre Menschen aufgebaut werden?

Die AfD macht sich dafür stark, dass existierende Beratungsangebote auf ihren Nutzen und auf Verbesserungsmöglichkeiten hin regelmäßig evaluiert werden. Gerade im Bereich der Beratungsangebote für homosexuelle Männer und Frauen sollte hier der Blick auf ihre Diskriminierungserfahrungen im Zusammenhang mit den demographischen Umwälzungen seit der großen Einwanderungswelle der Jahre 2015 und 2016 gerichtet werden. Getreu unserem Motto „Mut zur Wahrheit“ müssen wir als Gesellschaft den Realitäten ins Gesicht schauen und wirkungsvolle Instrumente zur Abwendung von Diskriminierung entwickeln. Fachspezifische Angebote für Menschen

mit biographischen Bezügen zur Transsexualität müssen auch verfügbar sein. Gerade für Personen, die sich irreversiblen medizinischen Eingriffen unterzogen haben und diese nun bereuen, müssen endlich Anlaufstellen zur psychosozialen Unterstützung eingerichtet werden.

- 1.3. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Niedersächsische Landesverfassung in Artikel 3 Absatz 3 LSBTIQ\*-inklusiv ausgestaltet wird? Wollen Sie sich außerdem auch im Bundesrat für eine Ergänzung von Artikel 3, Absatz 3 des Grundgesetzes einsetzen?

Die aktuelle Fassung schützt die Grundrechte aller Bürger. Artikel 3 Absatz 3 garantiert: „Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“ Die Belange aller Bürger werden durch die aktuellen Fassungen bereits hervorragend geschützt.

- 1.4. Werden Sie sich auf Bundesebene für die Ersetzung des demütigenden Transsexuellengesetzes durch ein Selbstbestimmungsgesetz einsetzen, dass die Akzeptanz von trans\* und nicht-binären Menschen in den Mittelpunkt stellt?

Diese Frage kann nur eingeschränkt beantwortet werden, da Sie nicht ausführen, wie das Selbstbestimmungsgesetz gefasst werden soll. In jedem Fall lehnt die AfD ein solches Gesetz ab, wenn es das personenstandsrechtliche Merkmal des Geschlechts von der biologischen Realität trennen will. Geschlecht ist keine Frage der subjektiven Wahrnehmung, sondern der objektiven Gegebenheiten. Ansonsten könnte ein verurteilter Vergewaltiger durch eine Geschlechtsänderung die Unterbringung in einem Frauengefängnis fordern. Frauenquoten könnten von Männern mittels eines personenstandsrechtlichen Taschenspielertricks ausgehebelt werden. Unter allen Umständen tritt die AfD unwiderruflichen Behandlungen an Minderjährigen mit möglicherweise bleibenden Schäden entgegen. Die vielen Stimmen junger Menschen, die ihre „Transition“ von einem Geschlecht zum anderen bereuen, sprechen eine deutliche Sprache.

- 2.1. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in allen Polizeiinspektionen, sowie beim Landeskriminalamt, der Polizeiakademie sowie bei den Staatsanwaltschaften hauptamtliche Ansprechpersonen für LSBTIQ\* eingerichtet sowie eine landesweite Meldestelle zu LSBTIQ\*-feindlichen Straftaten anstoßen und niedrigschwellige Beratungsangebote für Betroffene geschaffen werden?

Nicht nur Homosexuelle, sondern auch Frauen jeglicher Orientierung sehen sich vielerorts im öffentlichen Raum der Gefahr ausgesetzt, Opfer von Gewalt zu werden. Die AfD tritt für eine genaue Erfassung aller Straftaten ein, damit Konsequenzen gezogen werden. Deshalb fordert die AfD, dass bei Übergriffen auf vulnerable Gruppe immer alle Staatsangehörigkeiten von Tatverdächtigen und tatsächlich Verurteilten erhoben werden müssen und diese Daten in der Kriminalitätsstatistik veröffentlicht werden. Opfern von Straftaten ist nicht mit sozialpädagogischen Attitüden geholfen, sondern nur mit einem wachsamem Rechtsstaat.

- 2.2. Werden Sie dafür sorgen, dass das Thema lsbtiq\*-feindliche Hassgewalt als verbindliches Thema in die Ausbildung von Polizisten\*innen aufgenommen und prüfungsrelevant wird sowie in den

Das Thema Hassgewalt sollte in der Tat mehr Beachtung finden. Gewalt gegenüber Frauen, Homosexuellen und Menschen, die sich als trans bezeichnen, grassiert vor allem in den großstädtischen Vierteln, in denen der Rechtsstaat schon lange vor einer Paralleljustiz kapituliert hat, deren Existenz gerade von linker Seite beharrlich geleugnet wird. Polizisten sollten darin bestärkt werden, die Gesetze des Rechtsstaates stets und überall anzuwenden – ohne falsch verstandene Toleranz und ohne Kulturrabatt.

2.3. Wie wollen Sie LSBTIQ\*-Geflüchtete vor Hassgewalt und Anfeindungen in und um Unterkünfte schützen und dafür sorgen, dass Mitarbeitende in den Gemeinschaftsunterkünften und Beratungseinrichtungen zu den besonderen Bedarfen von und zum sensiblen Umgang mit LSBTIQ\*-Geflüchteten fortlaufend geschult werden?

Die „Hassgewalt und Anfeindungen in und um Schutzunterkünfte“ gehen oftmals von Bewohnern aus. Mitarbeiter solcher Unterkünfte sollten im Sinne einer Null-Toleranz-Politik geschult werden. Strafrechtlich relevante Vorgänge müssen unverzüglich und ohne Ansehen der Person oder ihres Hintergrundes ausnahmslos sofort zur Anzeige gebracht werden und im Rahmen des Asylverfahrens Berücksichtigung finden.

3.1. Wie wollen Sie LSBTIQ\*-Themen in die Rahmenlehrpläne, Richtlinien, Rahmenrichtlinien, Kerncurricula aller Schularten verankern und für eine fächerübergreifende Thematisierung sorgen?

Deutschland ist ein vielfältiges Land geworden. Schüler unterschiedlichster Herkunft werden gemeinsam unterrichtet, damit sie mündige Bürger unserer freiheitlichen Demokratie werden können. Dies muss allen Schülern klar gemacht werden. Archaische Traditionen wie Frauenunterdrückung, Ehrenmorde an homosexuellen Familienmitgliedern, Vielweiberei, konfrontative Religionsbekundung, Zwang zum religiösen Fasten und dergleichen sind entschieden abzulehnen. Diese Selbstverständlichkeiten sollten auch Teil der Lehrpläne werden. Hierdurch würden auch die Interessen von Frauen, Homosexuellen und Menschen, die sich als trans bezeichnen, am besten geschützt.

3.2 Welche Ideen haben Sie, um sicherzustellen, dass vielfaltsabbildende Unterrichtsmaterialien für Lehrkräfte und Erziehende im Vorschulbereich, sowie in der Sekundarstufe 1 und 2 angeboten werden?

Die AfD begrüßt Vielfalt. Aufgabe der Schule ist es jedoch nicht, bestimmte individuelle Lebensmodelle „abzubilden“. Vielmehr sollte sich die Schule darauf konzentrieren, Wissensvermittlung in den Vordergrund zu stellen. Der unscharfe Kompetenzbegriff ist nämlich hauptverantwortlich für die Bildungsmisere und den Abstieg Deutschlands im internationalen Vergleich.

3.3 Werden Sie dafür sorgen, dass das Thema „Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt“ in die pädagogische Aus- und Fortbildung von Lehrkräften, Erziehenden und Sozialpädagog\*innen Eingang findet und verpflichtende Seminare und Module regelmäßig angeboten werden?

Die AfD setzt sich für eine Verbesserung von Aus- und Fortbildungen von Lehrern ein. Der Bildungskatastrophe muss nämlich begegnet werden. „Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt“ sollte dabei auch behandelt werden. Den Lehrkräften sollte dort der Stand der Forschung zum Thema vor dem Hintergrund seiner Schlüsseltexte nähergebracht werden. Denkbar wäre beispielsweise ein verpflichtendes Seminar zu Eve Kosofsky Sedgwick's „Epistemology of the Closet“. Dort glaubt die Autorin, die Polarität der Geschlechter anhand französischer Literatur des 19. Jahrhunderts dekonstruieren zu

können. Auf empirische Forschung wird verzichtet. Im Rahmen einer solchen Fortbildung soll diskutiert werden, inwiefern die Interpretation belletristischer Texte als Basis einer Abkehr vom Geschlecht als biologische Tatsache fungieren kann.

4.2 Wie wollen Sie dafür sorgen, dass Kinder und Eltern in Regenbogenfamilien in Kindertagesstätten, Schulen und Verwaltungen berücksichtigt und akzeptiert werden?

Diskriminierung von Kindern aus Regenbogenfamilien wird es mit uns nicht geben. Das fängt schon damit an, dass Kinderrechte für uns nicht erst mit der Geburt beginnen. In unserer Familienpolitik verfolgen wir als AfD eine Strategie der Nachhaltigkeit. In einem Land, dem aufgrund der Überalterung der Gesellschaft ein Zusammenbruch des Sozialstaats droht, heißen wir alle Kinder willkommen. Berücksichtigung soll jedes Kind als Individuum erfahren, damit es in unserer freiheitlich-sozialen Gesellschaft seine Talente bestmöglich zum eigenen Vorteil und zum Nutzen der Allgemeinheit einbringen kann. Dies kann nur gelingen, wenn es ohne Angst vor Gewalt und Unterdrückung aufwachsen kann. In stark vom Multikulturalismus geprägten Kindertagesstätten und Schulen muss jedweder Diskriminierung Einhalt geboten werden. Deutschlands Gesetze gelten schließlich nicht nur im Prenzlauer Berg, dem Frankfurter Westend und dem Münchner Glockenbachviertel, sondern auch in Berlin-Neukölln, Duisburg-Marxloh und Köln-Kalk. Die AfD plädiert für Erzieher und Lehrer, die Grundgesetz und Rechtsstaat durchsetzen, noch bevor das Gewaltmonopol des Staates durch Selbstjustiz aus Parallelgesellschaften in Frage gestellt werden kann. Hier gilt die alte Juristenweisheit: Das Recht braucht dem Unrecht nicht zu weichen. In Fällen gewalttätiger Übergriffe müssen notfalls auch die Jugendämter tätig werden.

4.3 Werden Sie sich im Bundesrat für eine Modernisierung des Familien- und Abstammungsrechts stark machen, um die Diskriminierung von Zwei-Mütter-Ursprungsfamilien zu beenden und Mehrelternfamilien, trans\*, intergeschlechtlichen sowie nicht-binären Eltern rechtliche Anerkennung zu verschaffen?

Die AfD ist im Bundesrat nicht abstimmungsberechtigt. Die Frage kann vor diesem Hintergrund nicht beantwortet werden.

5.1 Wie werden Sie Jugendliche und junge Erwachsene im Coming-out unterstützen und die Regelstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe sowie -arbeit in diesem Bereich professionalisieren?

Bei der AfD sind junge Menschen besonders willkommen. Viele werden hier erstmals im Leben akzeptiert, wie sie sind. Wir setzen auf Wertschätzung statt Ausgrenzung. Dabei reduzieren wir Menschen nicht auf ihre sexuelle Orientierung, sondern verfolgen einen ganzheitlichen Ansatz. Besonders für Menschen, die sich in ihrem Herkunftsumfeld aus kulturellen und anderen Gründen nicht angenommen fühlen, kann die AfD zur neuen Heimat werden. Der Begriff des Coming out darf nicht auf sexuelle Orientierung reduziert werden. Gerade im Falle marginalisierter politischer Neigungen kostet es junge Menschen oft viel Überwindung, sich zu bekennen und die mit einem Coming out verbundenen Konsequenzen auf sich zu nehmen. Niemand soll mehr zu einem demütigenden Versteckspiel gezwungen werden. Die Kinder- und Jugendhilfe nimmt die Bedürfnisse von Jugendlichen und jungen Erwachsenen oft nicht ernst. Von den Ämtern werden toxische Tendenzen in den Elternhäusern zu oft toleriert. Zwangsverheiratungen, Genitalverstümmelungen und eine Ablehnung gewaltfreier Erziehungspraktiken im Sinne unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung dürfen nicht länger hingenommen werden. Hierzu braucht es Fachberater in Vollzeit mit der entsprechenden

interkulturellen Kompetenz. Necla Kelek, Güner Balci, Ahmad Mansour und Ahmed Abdel Samad haben hier wichtige Pionierarbeit geleistet.

5.2 Wie wollen Sie dafür sorgen, dass die Mitarbeitenden in den Einrichtungen der Altenhilfe und -pflege bereits in ihrer Ausbildung verbindliche Ausbildungsmodulare zum Thema „sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Alter“ durchlaufen und die Sensibilität der Fach-, Hilfs- und Verwaltungskräfte erhöht wird?

Gerade ältere Homosexuelle leiden unter zunehmender Marginalisierung durch die politischen Bestrebungen der LSBTIQ\*-Bewegung. Als junge Männer litten sie unter § 175 StGB. Nachdem sie damals Opfer waren, werden sie heute zu Tätern umgedeutet. Für viele Aktivisten sind auch sie nur noch alte, weiße Männer. Als AfD treten wir dafür ein, dass die Mitarbeiter der entsprechenden Einrichtungen über die Gefahren der Queer Theory aufgeklärt werden, um den Senioren das mit der Abschaffung des biologischen Geschlechts als relevanter Kategorie verbundene weitere Leid zu ersparen.

6.1. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass das Thema „Akzeptanz von vielfältigen Lebensweisen und Identitäten“ auch in Sportvereinen, Landesfachverbänden, Kreis- und Stadtsportbünden sowie weitere Sportinstitutionen ankommt?

Auch der Sport sammelt im Umgang mit queeren Themen vielfältige Erfahrungen. Der Fall von Lia Thomas hat international Schlagzeilen gemacht. Die AfD tritt dafür ein, dass auch in Sportvereinen und weiteren Sportorganisationen Schulungen über die Gefahren der Queer-Theory verpflichtender Bestandteil von Ausbildungen wie Trainer- und Übungsleiterscheinen werden muss.

6.2. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass das Niedersächsische Sportfördergesetz (NSportFG) LSBTIQ\*-inklusiv ausgestaltetet, die Förderung der Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt explizit benannt wird, sowie Maßnahmen, Kampagnen und Programme, die demokratie- und minderheitenfeindlichen Einstellungen im Sport entgegenwirken, gefördert werden?

Kern der Arbeit der AfD ist der Kampf gegen Menschenfeindlichkeit. In der Tat finden sich solche Einstellungen auch und gerade im Breiten- und Leistungssport. Wir befürworten Maßnahmen, Kampagnen und Projekte, die solchen Einstellungen entgegenwirken. Die Aushebelung von hart erkämpften Frauenrechte ist eine Form von Menschenfeindlichkeit. Mädchen und Frauen dürfen im Sport nicht unlauterer Konkurrenz durch biologische Männer ausgesetzt werden. Die Unterstützung von Jungen und Mädchen, Männern und Frauen bedeutet für uns die Förderung der Geschlechter in ihrer Vielfalt.

6.3 Wie wollen Sie die den Beschluss der Sportminister\*innenkonferenz „Bremer Erklärung zur sexuellen Vielfalt und geschlechtlichen Identität im Sport“ in Niedersachsen konkret umsetzen?

Die Bremer Erklärung wurde im Jahre 2020 im Rahmen einer Videokonferenz abgehalten. Obwohl Sport gut für die Gesundheit ist, wurden sportliche Aktivitäten fast aller Art während der Corona-Pandemie unterbunden. Während in der Realität gerade junge Menschen unter dem Sportmangel litten, Übergewicht und Depressionen entwickelten, erschöpft sich die Erklärung in Lippenbekenntnissen. Gleichwohl vertreten auch wir die Ansicht, dass Sport allen Menschen, „unabhängig von Geschlecht, geschlechtlicher Identität und sexueller Orientierung, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion, Weltanschauung, Behinderung oder Alter“ gleichermaßen offenstehen soll

7.1. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um bei medizinischen Fach- und Hilfskräften auf eine Bewusstseinsbildung für die spezifischen Bedürfnisse von trans\*- und intergeschlechtlichen Menschen bei der Gesundheitsversorgung hinzuwirken?

Hier ist strikt zwischen intersexuellen Menschen und Menschen, die sich als transsexuell bezeichnen, zu unterscheiden. Intersexuelle Menschen wurden über viele Jahrzehnte auf ärztlichen Rat hin in frühester Jugend an den Genitalien operiert. Viele dieser Eingriffe haben den Patienten unsägliches Leid zugefügt. Entschuldigungen oder gar Wiedergutmachungen sind regelmäßig ausgeblieben. Als AfD fordern wir, Kinder vor vermeintlich angleichenden Genitaloperationen zu schützen. Das Kindeswohl geht vor. Im Umgang mit Transsexuellen fordern wir, dass medizinisches Fach- und Hilfspersonal stets im Blick hat, dass der Patient seine getroffene Entscheidung, als Vertreter des anderen Geschlechts leben zu wollen, jederzeit wieder revidieren könnte. Das geplante Selbstbestimmungsgesetz sieht zwar nur die Möglichkeit zum juristischen Geschlechtswechsel einmal pro Jahr vor, doch im medizinischen Kontext kann von dieser Praxis mit guten Gründen abgewichen werden. Als AfD fordern wir, dass verpflichtende Fortbildungsmaßnahmen zu den Gefahren der Gender und Queer Theory angeboten werden. Deren Behauptungen sind empirisch vielfach nicht falsifizierbar und entsprechen in diesem Sinne wissenschaftlichen Standards nicht.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Horns  
Pressereferent

Alternative für Deutschland  
[Bundesgeschäftsstelle](#)

Schillstraße 9 / 10785 Berlin  
Telefon: 030 220 23 715  
Fax: 030 220 23 719  
ThreemaID: 6U27RTF4  
[Frank.Horns@afd.de](mailto:Frank.Horns@afd.de)



Zentrale:  
Telefon: 030 22023-000  
Telefax: 030 22023-009  
[kontakt@afd.de](mailto:kontakt@afd.de)

[kontakt@afd.de](mailto:kontakt@afd.de)

[www.afd.de](http://www.afd.de) | [facebook.com/alternativ fuerde](https://facebook.com/alternativ fuerde) | [twitter.com/afd](https://twitter.com/afd) | [instagram.com/afd](https://instagram.com/afd)  
[www.afdkompakt.de](http://www.afdkompakt.de) | [afdKompakt.tv](https://afdKompakt.tv) | [facebook.com/afdKompakt](https://facebook.com/afdKompakt) | [twitter.com/afdKompakt](https://twitter.com/afdKompakt) | [instagram.com/afdKompakt](https://instagram.com/afdKompakt)

**Sprecher: Tino Chrupalla und Dr. Alice Weidel**

Diese E-Mail enthält vertrauliche und/oder rechtlich geschützte Informationen. Wenn Sie nicht der richtige Adressat sind oder diese E-Mail irrtümlich erhalten haben, informieren Sie bitte sofort den Absender und vernichten Sie diese E-Mail. Das unerlaubte Kopieren und die unbefugte Weitergabe dieser E-Mail sind nicht gestattet.

Im Zuge der E-Mail Kommunikation verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten. Unsere Datenschutzerklärung finden Sie hier: <https://www.afd.de/datenschutzhinweise/>

